_

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Bundesrepublik Deutschland

Sozialgericht Bundessozialgericht

Sachgebiet Vertragsarztangelegenheiten

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 10.02.2000

2. Instanz

Aktenzeichen -

Datum 27.06.2000

3. Instanz

Datum 31.10.2001

Auf die Revision der Beklagten werden das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 27. Juni 2000 und der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Gotha vom 10. Februar 2000 aufgehoben. Die Klage wird abgewiesen. Der Kläger hat der Beklagten die auÃ∏ergerichtlichen Kosten für alle Rechtszüge zu erstatten.

Gründe:

I

Die Beteiligten streiten über die Berechtigung zur Aufhebung von Honorarbescheiden.

Der KlĤger nimmt als praktischer Arzt an der vertragsĤrztlichen Versorgung teil. Er wendet sich gegen Bescheide der beklagten KassenĤrztlichen Vereinigung (KÃ□V), mit denen diese die ursprünglichen Honorarbescheide für die Quartale I/1996 und II/1996 geändert und von ihm 11.041,13 DM zurückgefordert hat.

Der Bewertungsausschuà hatte mit Beschluss vom 13. Juni 1996 (Beilage zu Nr 26

des Deutschen ̸rzteblatts vom 28. Juni 1996) im Einheitlichen Bewertungsma̸stab für vertragsärztliche Leistungen (EBM-Ã∏) rückwirkend für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1996 Teilbudgets ua für GesprÄxchsleistungen, für den Ganzkörperstatus und die klinisch-neurologische Basisdiagnostik eingeführt, aufgrund derer Punktzahlanforderungen, die über den jeweiligen Budgets lagen, nicht mehr gesondert vergA¼tet wurden. Die Beklagte legte der Honorarberechnung ihrer VertragsÄxrzte in den Honorarbescheiden für die Quartale I/1996 und II/1996 die neugefaÃ∏ten Bestimmungen des EBM-̸ zugrunde. Wegen der danach zu vergütenden geringeren Gesamtpunktmenge ergaben sich fĽr die nicht budgetierten "übrigen Leistungen" höhere Punktwerte als ohne Geltung der Budgetierungsregelungen des EBM-̸. Das auf der Grundlage dieser höheren Werte festgesetzte Honorar des Klägers belief sich im Quartal I/1996 auf 80.261,85 DM und im Quartal II/1996 auf 50.434,10 DM. Wegen der vielfach geäuÃ∏erten Bedenken gegen die RechtmäÃ∏igkeit der EBM-Ã∏-Ã∏nderung beschlo̸ die Vertreterversammlung der Beklagten, daÃ∏ der Honorarverteilungsma̸stab (HVM) mit (Rück-)Wirkung ab dem 1. Januar 1996 um die Leitzahl 802a ergĤnzt werde ("Bescheide auf Grund des Honorarverteilungsma̸stabes können mit Nebenbestimmungen versehen werden."), und die Beklagte versah die Honorarbescheide für die Quartale I und II/1996 mit einer Nebenbestimmung:

"â Grundlagen für die Berechnung Ihrer Honorarforderungen sind der Einheitliche Bewertungsmaà stab mit Berücksichtigung der letzten Beschlüsse des Bewertungsausschusses vom 13.6.1996, â vom 28.6.1996, der Honorarverteilungsmaà stab der Kassenà zrztlichen Vereinigung Thüringen sowie die gesamtvertraglichen Regelungen mit den Krankenkassen über die Honorierung vertragsà zrztlicher Leistungen.

Nebenbestimmungen: Sofern die Neuaufnahme des 5. und 6. Punktes in die allgemeinen Bestimmungen A. I. 1. sowie der 8. Absatz der Präambel zum Abschnitt B. II., die Präambel zum Unterabschnitt B. III. 3. oder die Anmerkung hinter der GO-Nr 801 EBM â□□ Teilbudgetierung von Leistungen â□□ durch die Sozialgerichte rechtskräftig für rechtswidrig erklärt werden, ist die Kassenärztliche Vereinigung Thüringen berechtigt, den Honorarbescheid zu widerrufen, um eine Neuberechnung des Honorars unter dem sich dann ergebenden Punktwert vorzunehmen."

Nachdem das Bundessozialgericht (BSG) mit Urteil vom 17. September 1997 die durch den Beschluss des Bewertungsausschusses vom 13. Juni 1996 vorgenommene Budgetierung, soweit sie rückwirkend auch die Quartale I und II/1996 erfassen sollte, als rechtswidrig beurteilt hatte, vergütete die Beklagte zahlreichen Ã∏rzten die aufgrund der Anwendung der Teilbudgets bis dahin nicht gesondert vergüteten Punktzahlanforderungen für die Quartale I und II/1996 nach. Dementsprechend verringerte sich der Punktwert für andere Leistungen. In diesem Zusammenhang setzte sie die Honoraransprüche aller Vertragsärzte unter Zugrundelegung der nunmehr niedrigeren Punktwerte neu fest. DemgemäÃ□ erlieÃ□ sie auch gegenüber dem Kläger neue Honorarbescheide, mit denen sie

die ursprünglichen Honorarbescheide teilweise aufhob, das Honorar des Klägers für die Quartale I und II/1996 neu festsetzte und den sich danach ergebenden Differenzbetrag von 11.041,13 DM (für beide Quartale) zurückforderte (Bescheide vom 27. Januar 1998). Den Widerspruch des Klägers hiergegen wies die Beklagte zurück (Bescheid vom 26. März 1998).

Das Sozialgericht hat die ̸nderungsbescheide aufgehoben (Gerichtsbescheid vom 10. Februar 2000). Das Landessozialgericht (LSG) hat die Berufung der Beklagten zurückgewiesen (Urteil vom 27. Juni 2000). Es hat zur Begründung ausgeführt, für die Aufhebung und Korrektur der Honorarbescheide fehle es an der erforderlichen Rechtsgrundlage. Diese ergebe sich nicht aus § 45 Abs 1 und 2 Bundesmantelvertrag/̸rzte (BMV-Ã∏) und § 34 Abs 4 Ersatzkassenvertrag/Ã∏rzte (EKV-̸). Diese Regelungen berechtigten die Krankenkassen zwar, fehlerhafte Honorarabrechnungen auch nachträglich â∏ nach erfolgter Zahlung â∏ sachlichrechnerisch richtigzustellen, aber nur für den Fall fehlerhafter Abrechnungen durch die VertragsÄxrzte, nicht aber im Falle spÄxterer Erkenntnis der Unwirksamkeit einer Rechtsnorm. Als Rechtsgrundlage k\tilde{A}\tilde{x}men auch nicht die Regelungen über Vorschüsse (§ 42 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I)) bzw Vorwegzahlungen in Betracht. Denn die Beklagte habe nicht nur vorlĤufige Entscheidungen getroffen, sondern Bescheide erlassen, die als endgļltige hÃxtten Bestand haben sollen, falls das BSG die rückwirkende Teilbudgetierung für rechtens erachte. Die Bescheide hätten nicht durch die ihnen beigefügte Nebenbestimmung nur vorlĤufigen Charakter gehabt. Der Widerrufsvorbehalt habe nämlich nicht ausgeübt werden dürfen, weil er nicht durch § 32 Abs 1 Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) gedeckt sei. Die 2. Alternative des § 32 Abs 1 SGB X betreffe nur den Fall, da̸ der Leistungsempfänger noch nicht alle rechtlichen Erfordernisse belegen könne, erfasse aber nicht den Fall, daÃ∏ die Behörde im Ungewissen über die Wirksamkeit der Rechtsgrundlage sei. Die 1. Alternative des <u>§ 32 Abs 1 SGB X</u> â∏ der Fall, daÃ∏ eine Nebenbestimmung durch Rechtsvorschrift zugelassen sei â∏∏ liege ebenfalls nicht vor. Hier wäre eine sachlich eingegrenzte ErmÄxchtigung zur BeifÄ1/4gung von Nebenbestimmungen erforderlich gewesen, die sich aber nicht aus der Regelung durch die Leitzahl 802a des HVM entnehmen lasse. Ein Widerrufs- und Rýcknahmevorbehalt, wie er den Bescheiden beigefýgt sei, sei auch nicht von § 32 Abs 2 SGB X gedeckt. Bei der Ausübung des Widerrufsvorbehalts sei kein Ermessen ausgeübt worden, wie dies gemäÃ∏ § 32 Abs 2 SGB X und auch nach der HVM-Regelung ("ist berechtigt") erforderlich sei. Der Vorbehalt laufe auch dem Zweck von Honorarbescheiden, den Ä∏rzten Anhaltspunkte für ihre betriebswirtschaftliche Kalkulation zu geben, und damit der Bestimmung des <u>§ 32 Abs 3 SGB X</u> zuwider. Zumindest hätten die ungefähren Auswirkungen eines eventuellen Widerrufs â∏∏ etwa anhand einer vorsorglichen Vergleichsberechnung â∏ mitgeteilt werden müssen. Auch <u>§ 45 SGB X</u> tauge nicht als Rechtsgrundlage für die Korrektur der Honorarbescheide. Abgesehen davon, da̸ diese Bestimmung grundsätzlich durch die Regelungen ļber sachlich-rechnerische Richtigstellungen als Sondervorschriften iS des <u>§ 37 SGB I</u> verdrängt werde, komme insoweit einzig in Frage, daà der Kläger iS des <u>§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3 SGB X</u> die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes gekannt oder infolge grober FahrlÄxssigkeit nicht gekannt habe. Die Rechtswidrigkeit der rýckwirkenden Teilbudgetierung habe aber nicht

klar zu Tage gelegen. Ferner sei im Rahmen des $\frac{\hat{A}\S}{45}$ SGB X kein Raum fýr einen Widerrufsvorbehalt zur Korrektur möglicher anfänglicher Fehler von Honorarbescheiden im Sinne eines allgemeinen RechtmäÃ∏igkeitsvorbehalts. Andernfalls könnten Rýcknahmevorbehalte das Gebot, weitestmöglich endgÃ⅓ltige Bescheide zu erlassen, aushöhlen und damit das Schutzziel des $\frac{\hat{A}\S}{45}$ SGB X leerlaufen lassen. Das im Rahmen dieser Regelung erforderliche Ermessen sei nicht ausgeübt worden. SchlieÃ∏lich kämen auch $\frac{\hat{A}\S}{45}$ 47, $\frac{48}{45}$ SGB X nicht als Ermächtigungsgrundlage in Betracht, weil die Bescheide der Beklagten von Anfang an rechtswidrig gewesen seien bzw jedenfalls die Voraussetzungen für eine rückwirkende Aufhebung iS des $\frac{\hat{A}\S}{48}$ SGB X â∏ nämlich die Bösgläubigkeit â∏ nicht vorgelegen hätten.

Mit ihrer Revision macht die Beklagte geltend, entgegen der Auffassung des LSG seien die Voraussetzungen der 1. Alternative des § 32 Abs 1 SGB X erfÃ⅓llt. Die Regelung in Leitzahl 802a HVM stelle keinen allgemeinen RechtmäÃ∏igkeitsvorbehalt dar, sondern sei klar im Hinblick auf die konkreten, von der Teilbudgetierung betroffenen Gesprächs- und Untersuchungsleistungen eingefÃ⅓hrt worden. Auch die Nebenbestimmung sei ausreichend bestimmt formuliert. Der Widerrufsvorbehalt laufe auch nicht dem Zweck der Honorarbescheide iS des § 32 Abs 3 SGB X zuwider. Denn er sei nicht umfassend, sondern betreffe nur den Fall der Rechtswidrigkeit der Teilbudgetierung. Ferner seien die RÃ⅓cknahme und die Neuberechnung auch nicht wegen Nichtbetätigung eines Ermessens rechtswidrig, denn Leitzahl 802a HVM habe keines eingeräumt. Im Ã⅓brigen wäre auch ein etwaiges Ermessen angesichts der besonderen Umstände des konkreten Falles auf Null reduziert gewesen.

Die Beklagte beantragt,

das Urteil des Thüringer Landessozialgerichts vom 27. Juni 2000 und den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Gotha vom 10. Februar 2000 aufzuheben sowie die Klage abzuweisen.

Der Kläger beantragt, die Revision der Beklagten zurýckzuweisen.

Er verteidigt das Urteil des Berufungsgerichts. Unzutreffend sei die Ansicht der Beklagten, das LSG habe nur deswegen die Nebenbestimmung für rechtswidrig erachtet, weil es sich um einen allgemeinen RechtmäÃ□igkeitsvorbehalt handele. Aus dem Urteil werde vielmehr deutlich, daÃ□ es auch einen Vorbehalt, der nur die Teilbudgetierung von Gesprächs- und Untersuchungsleistungen betreffe, als unzulässig ansehe, weil er nicht von § 32 Abs 1 SGB X gedeckt sei. Einen normativen Vorbehalt iS der 1. Alternative dieser Bestimmung gebe es nicht, die HVM-Regelung tauge dafür nicht. Zudem seien die Nebenbestimmung ebenso wie die ihr zugrundeliegende Regelung der Leitzahl 802a HVM nicht ausreichend bestimmt. Die Adressaten hätten nicht annähernd erkennen können, ob sie von der Regelung überhaupt betroffen sowie ob und in welcher Höhe ggf Nachzahlungen oder Rückforderungen zu erwarten seien. Ferner habe das LSG zu Recht die Ausübung des Ermessens vermiÃ□t. Dieses sei nicht etwa auf Null reduziert gewesen, denn die Beklagte hätte zur Erfþllung der

Nachzahlungsansprüche der durch das Urteil <u>BSGE 81, 86</u> = <u>SozR 3-2500 § 87 Nr 18</u> begünstigten Ã∏rzte Wirtschaftlichkeits- und Plausibilitätsprüfungen durchführen und so Finanzmittel erhalten können, statt Honorarbescheide zurückzunehmen und Honorare zurückzufordern. Allein die im Falle der Rechtswidrigkeit der rückwirkenden HVM-Regelungen erforderliche neue Bestimmung des Punktwertes könne die Nebenbestimmungen nicht rechtfertigen.

Ш

Die Revision der Beklagten ist begrÃ $\frac{1}{4}$ ndet. Entgegen der Auffassung der Vorinstanzen war sie berechtigt, die ursprÃ $\frac{1}{4}$ nglichen Honorarbescheide fÃ $\frac{1}{4}$ r die Quartale I/1996 und II/1996 aufzuheben, das Honorar des KlÃ x gers fÃ $\frac{1}{4}$ r diese beiden Quartale neu festzusetzen und die Ã x berzahlung zurÃ x 6ckzufordern.

Die \tilde{A} nderungs- und $\tilde{R}^{1/4}$ ckforderungsbescheide sind sowohl in formeller als auch in materieller Hinsicht rechtm \tilde{A} \tilde{a} \tilde{A} Das verfahrensrechtliche Erfordernis einer Anh \tilde{A} rung gem \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{S} 24 Abs 1 SGB X ist zwar nicht eingehalten worden, dessen Fehlen ist aber geheilt. Die Notwendigkeit einer Anh \tilde{A} rung besteht auch f \tilde{A} die \tilde{A} nderung und Ersetzung eines Bescheides, der seiner Rechtsnatur nach lediglich vorl \tilde{A} ufig ist (BSGE 87, 122, 123 = SozR 3-3900 \hat{A} 22 Nr 2 S 10 f). Der Mangel der Anh \tilde{A} rung kann gem \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} 41 Abs 1 Nr 3, Abs 2 SGB X dadurch geheilt werden, da \tilde{A} dem Betroffenen durch die in den angefochtenen Bescheiden enthaltenen Hinweise auf die wesentlichen entscheidungserheblichen Gesichtspunkte Gelegenheit gegeben wird, sich im Widerspruchsverfahren sachgerecht zu \tilde{A} \tilde{A}

Rechtsgrundlage der angefochtenen \tilde{A}_{\square} nderungs- und \tilde{R}_{4} ckforderungsbescheide der Beklagten ist \hat{A} § 45 Abs 2 Satz 1 BMV- \tilde{A}_{\square} und \hat{A} § 34 Abs 4 S \tilde{A}_{∞} tze 1 und 2 EKV- \tilde{A}_{\square} . Dagegen k \tilde{A}_{α} nnen die Bescheide nicht, wie das LSG zu Recht dargelegt hat, auf \tilde{A} § 32 Abs 1 iVm Abs 2 Nr 3 SGB X gest \tilde{A}_{α} 4tzt werden. \tilde{A} § 32 SGB X ist weder eine Erm \tilde{A}_{α} 2chtigungsnorm f \tilde{A}_{α} 4r den Erla \tilde{A}_{α} 1 von R \tilde{A}_{α} 4cknahme- oder Widerrufsentscheidungen noch liegen die tatbestandlichen Voraussetzungen der Vorschrift vor.

Nach $\hat{A}\S$ 32 Abs 1 SGB X darf ein Verwaltungsakt, auf den ein Rechtsanspruch besteht, mit einer Nebenbestimmung nur versehen werden, wenn sie durch Rechtsvorschrift zugelassen ist (1. Alternative) oder wenn sie sicherstellen soll, da \tilde{A} die gesetzlichen Voraussetzungen des Verwaltungsaktes erf \tilde{A} 1/4llt werden (2. Alternative). Unbeschadet des Abs 1 darf ein Verwaltungsakt nach pflichtgem \tilde{A} 2 me Ermessen mit einem Vorbehalt des Widerrufs erlassen werden (\tilde{A} 3 32 Abs 2 Nr 3 SGB X). Der in dieser Vorschrift angesprochene Widerrufsvorbehalt erm \tilde{A} 1 glicht die sp \tilde{A} 2 meter Aufhebung eines rechtm \tilde{A} 2 meter \tilde{A} 3 gen beg \tilde{A} 4 nstigenden Verwaltungsaktes auf der Grundlage von \tilde{A} 3 47 Abs 1 Nr 1 SGB X (vgl Pickel, SGB X, \tilde{A} 3 32 RdNr 29). Der Widerruf nach \tilde{A} 4 47 Abs 1 SGB X ist jedoch nur mit Wirkung f \tilde{A} 4 die Zukunft und nicht f \tilde{A} 4 die Vergangenheit m \tilde{A} 9 glich (BSGE 62, 32, 42 = SozR 4100 \tilde{A} 3 71 Nr 2 S 11 f; BSGE 67, 104, 117 = SozR 3-1300 \tilde{A} 3 32 Nr 2 S 19; von Wulffen/Engelmann, SGB X, 4. Aufl 2001, \tilde{A} 3 32 RdNr 21;

Schneider-Danwitz in Sozialversicherung-Gesamtkommentar, Stand 1984, § 32 SGB X Anm 29b; Freischmidt in Hauck/Noftz, SGB X, K § 47 RdNr 12). GrundsÃxtzlich kann die Behörde daher nach Ausübung des Widerrufs die in der Vergangenheit auf der Grundlage des ursprĽnglichen Verwaltungsaktes erbrachten Leistungen nicht zurļckfordern (vgl von Wulffen/Engelmann, aaO). Die zu der mit § 32 SGB X übereinstimmenden Vorschrift des § 120 Abgabenordnung (AO) vertretene Auffassung, ein Widerrufsvorbehalt kA¶nne wegen seiner Wirkung allein für die Zukunft grundsÃxtzlich nur einem sog Dauerverwaltungsakt beigefügt werden (so Söhn in Hübschmann/Hepp/Spitaler, AO-FGO, § 120 RdNr 83), ist deshalb auch im Anwendungsbereich des SGB X zutreffend. Da der Bescheid einer K̸V Ã⅓ber die Höhe des Honorars eines Vertragsarztes in einem Quartal kein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung ist, und da die Beklagte weiterhin hier gerade eine Bescheidkorrektur mit Wirkung auf den Zeitpunkt des Erlasses der ursprA¼nglichen Honorarbescheide erreichen will, wie ihr Rückforderungsbegehren zeigt, scheidet â∏ ungeachtet der Frage, ob die ursprünglichen Honorarbescheide rechtmäÃ∏ig oder rechtswidrig waren â∏∏ ein Widerrufsvorbehalt iS des § 32 Abs 2 Nr 3 SGB X als alleinige Rechtsgrundlage für die angefochtenen Korrekturbescheide aus.

Ebensowenig sind die Voraussetzungen des <u>§ 32 Abs 1 SGB X</u> erfüllt, nach denen ein begÃ1/4nstigender Verwaltungsakt, auf den ein Rechtsanspruch besteht, mit einer Nebenbestimmung versehen werden darf. Die Vorschrift gibt im Rahmen der 2. Alternative des Abs 1 aaO (Sicherstellung, da̸ gesetzliche Voraussetzungen des Verwaltungsaktes erfüllt werden) der Verwaltung die Möglichkeit, über die GewĤhrung von Vorschüssen iS von § 42 Abs 1 SGB I hinaus einen begünstigenden Verwaltungsakt, auf den ein Rechtsanspruch besteht, schon dann zu erlassen, wenn zwar wesentliche, aber noch nicht alle tatbestandlichen Voraussetzungen der Anspruchsnorm erfļllt oder nachgewiesen sind, also noch nicht endgļltig feststeht, ob der Anspruch überhaupt dem Grunde nach besteht. Die Norm darf grundsÄxtzlich nur herangezogen werden, um die Erfļllung geringfýgiger tatbestandlicher Voraussetzungen eines Verwaltungsaktes sicherzustellen (von Wulffen/Engelmann, aaO, § 32 RdNr 10; Recht in Hauck/Noftz, SGB X, K § 32 RdNr 14). Typischer Anwendungsfall einer Nebenbestimmung zur Sicherstellung der ErfA¹/₄llung der Anspruchsvoraussetzungen ist etwa die Bewilligung einer Rente verbunden mit der Auflage, eine Lebensbescheinigung vorzulegen oder die Aufnahme einer ErwerbstÄxtigkeit zu melden (Recht, aaO). Um Vergleichbares ging es der Beklagten in der hier zu beurteilenden Konstellation jedoch nicht. Bei Erla̸ der ursprünglichen Honorarbescheide war ebensowenig wie bei Erla̸ der Korrekturbescheide zweifelhaft, daÃ∏ der Kläger dem Grunde nach einen Anspruch auf vertragsÄxrztliches Honorar hat. Rechtliche Unsicherheit bestand lediglich hinsichtlich der HA¶he des Punktwertes, mit dem seine Leistungen zu honorieren waren, weil bei Erla̸ der ursprünglichen Honorarbescheide nicht feststand, welche Punktmenge in den streitbefangenen Quartalen insgesamt zu honorieren war. Wenn die Vorsorge von BehĶrden im Hinblick auf solche Unsicherheiten als Unterfall der "Tatbestandssicherung" iS des § 32 Abs 1 2. Alternative SGB X zu fassen wäre, wäre es der Behörde generell möglich, sich gegen das Risiko möglicher Entscheidungsfehler abzusichern (vgl Dörr, DAngVers 1991, S 70, 71). Damit wÃxre aber der vom SGB X intendierte Vertrauensschutz der

Sozialleistungsberechtigten in Frage gestellt.

Die 1. Alternative des <u>§ 32 Abs 1 SGB X</u>, nach der ein Verwaltungsakt mit einer Nebenbestimmung versehen werden darf, wenn sie durch Rechtsvorschrift zugelassen ist, tr\(\tilde{A}\)\mathbb{\mathbb{m}}\ gt die den Honorarbescheiden beigef\(\tilde{A}\)\frac{1}{4}gten Nebenbestimmungen ebenfalls nicht. Als Rechtsvorschrift in diesem Sinne taugt nicht die von der Beklagten in ihren HVM eingefļgte Regelung der Leitzahl 802a, die lautet: "Bescheide auf Grund des HonorarverteilungsmaÄ∏stabes kĶnnen mit Nebenbestimmungen versehen werden." Als Rechtsvorschriften iS der 1. Alternative des § 32 Abs 1 SGB X kommen zwar auch untergesetzliche Regelungen durch Rechtsverordnungen, Satzungen und sonstiges autonomes Recht in Betracht (vgl von Wulffen/Engelmann, aaO, § 32 RdNr 9; Kopp/Ramsauer, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG), 7. Aufl 2000, § 36 RdNr 41). Vom Inhalt der Regelung her darf die Rechtsvorschrift aber nicht so global zur BeifA¼gung von Nebenbestimmungen ermĤchtigen, daÄ∏ den Verwaltungsakten allgemein gefa̸te RechtmäÃ∏igkeitsvorbehalte beigefügt werden könnten. Dies liefe der Eingrenzung von Nebenbestimmungen, wie sie in § 32 SGB X, § 36 VwVfG angelegt ist, zuwider.

Die angefochtenen Bescheide finden ihre Rechtsgrundlage auch nicht, wie den Ausführungen des LSG entnommen werden könnte, in dem â∏∏ mit dem in § 32 Abs 2 Nr 3 SGB X geregelten Widerrufsvorbehalt nicht identischen â∏ Rechtsinstitut eines allgemeinen Rücknahmevorbehaltes, wie es diskutiert wird (vgl etwa <u>BVerwGE 67, 99, 102</u>; <u>BSGE 67, 104</u>, 117 f = <u>SozR 3-1300 § 32 Nr 2</u> S 19; BSG SozR 3-1300 § 45 Nr 5 S 23/24; BSG SozR 3-1300 § 32 Nr 4 S 33). Grundlagen und Anwendungsbereich eines allgemeinen Rücknahmevorbehaltes der BehĶrde bei einer begļnstigenden Entscheidung auf unsicherer tatsächlicher oder rechtlicher Grundlage sind nicht abschlieÃ∏end geklärt. Jedenfalls bezieht sich der allgemeine Rücknahmevorbehalt nach der Rechtsprechung des BSG stets auf die Situation, da̸ sich tatsächliche Grundlagen der begļnstigenden Verwaltungsentscheidung in der Zukunft Ĥndern (vgl zu einer solchen Konstellation etwa LSG Schleswig-Holstein, Urteil vom 29. April 1997 $\hat{a} \square \square \perp 1 \text{ Kr } 65/96 = \text{EzS } 55/211$). Fýr einen allgemeinen Vorbehalt in dem Sinne, da̸ die Behörde einen Verwaltungsakt ohne VertrauensschutzerwĤgungen mit Wirkung auch für die Vergangenheit Ĥndern könnte, wenn sich die Beurteilung der rechtlichen Vorgaben ihrer Entscheidung ändert, gibt dieses Rechtsinstitut keine Grundlage.

Die Bescheide können schlieÃ∏lich nicht auf die Vorschrift des § 45 SGB X über die Rücknahme eines rechtswidrigen Verwaltungsakts gestützt werden. Deren Voraussetzungen liegen, wie das LSG zu Recht ausgeführt hat, nicht vor. Unabhängig hiervon wird diese Regelung durch die Bestimmungen über die Befugnis der KÃ∏Ven verdrängt, vertragsärztliche Honoraranforderungen und -bescheide wegen sachlich-rechnerischer Fehler nachträglich zu korrigieren (§ 45 Abs 2 Satz 1 BMV-Ã∏ bzw § 34 Abs 4 Sätze 1 und 2 EKV-Ã∏). Diese bundesmantelvertraglichen Berichtigungsbestimmungen stellen von den Vorschriften des SGB X abweichende Regelungen iS des § 37 Satz 1 SGB I dar, die auf gesetzlicher Grundlage, nämlich aufgrund von Normen der

Reichsversicherungsordnung und später des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), erlassen worden sind. Die Erwägungen, die für die grundsätzliche Nichtanwendung des <u>§ 45 SGB X</u> auf die Korrektur von Honorarbescheiden maÃ∏geblich sind, hat der erkennende Senat insbesondere im Urteil vom 26. Januar 1994 (<u>BSGE 74, 44</u> = <u>SozR 3-1300 § 45 Nr 21</u>; ebenso ua BSG <u>SozR 3-2500 § 76 Nr 2</u> S 3; <u>SozR 3-5525 § 32 Nr 1</u> S 2) dargelegt. Daran hält er fest.

Als ErmĤchtigungsgrundlage fýr die hier streitigen Honoraränderungsbescheide verbleiben danach allein die oben schon angesprochenen Vorschriften des § 45 Abs 2 Satz 1 BMV-Ã∏ bzw § 34 Abs 4 $S\tilde{A}x$ tze 1 und 2 EKV- \tilde{A} \tilde{A} \tilde{A} ber die Befugnis der $K\tilde{A}$ \tilde{A} \tilde{A} zur Durchf \tilde{A} \tilde{A} hrung sachlichrechnerischer Berichtigungen auch im Wege nachgehender Berichtigung. Nach diesen im wesentlichen gleichlautenden Vorschriften berichtigt die K̸V die Honorarforderung des Vertragsarztes bei sachlich-rechnerischer Unrichtigkeit. Für das sich hieraus ergebende Recht der KÃ\(\text{N}\) zur nachtr\(\text{A}\)\(\text{glichen Korrektur von}\) Honorarbescheiden ist es ohne Bedeutung, ob die K̸V das Berichtigungsverfahren von Amts wegen oder auf Antrag einer Krankenkasse durchfA¼hrt (BSG SozR 3-1300 § 45 Nr 22 S 71). Den in der bisherigen Rechtsprechung des Senats behandelten FĤllen nachtrĤglicher Honorarberichtigungen ist gemeinsam, daÄ∏ nach Erteilung des Honorarbescheides UmstĤnde aus dem Verantwortungsbereich des jeweiligen Vertragsarztes aufgetreten oder bekannt geworden sind, die bei den ursprünglichen Honorarbescheiden Fehler hinsichtlich der sachlich-rechnerischen Richtigkeit iS der § 45 Abs 2 BMV-Ã∏, § 34 Abs 4 EKV-Ã∏ ergaben. So erfaÃ∏t das Berichtigungsrecht der Kà V sowohl Fehlansà ztze von Positionen der Gebührenordnung durch den Vertragsarzt als auch die Abrechnung solcher Leistungen, die er nicht hat erbringen dýrfen, weil sie nicht Gegenstand der Leistungspflicht der Krankenversicherung sind (BSG SozR 3-5533 Nr 3512 Nr 1 S 2). Der Senat hat weiterhin die Berichtigung von Honorarbescheiden für RĶntgenleistungen wegen mangelhafter QualitÃxt der Röntgendiagnostik und die Honorarberichtigung im Fall der Leistungserbringung durch einen nicht von der Kassen(zahn)Ãxrztlichen Vereinigung genehmigten Assistenten als FÃxlle der Abrechnungsberichtigung nach den bundesmantelvertraglichen Vorschriften angesehen und auch insoweit eine die Anwendbarkeit des § 45 SGB X ausschlie̸ende Spezialregelung angenommen (Senatsurteil vom 12. Oktober 1994 â∏∏ <u>6 RKa 18/93</u> â∏∏ USK 94165; BSG <u>SozR 3-5525 § 32 Nr 1</u> S 2 f).

Die auf der Grundlage der genannten Regelungen bestehende Befugnis der KÃ\[\]V zur Berichtigung, dh zur RÃ\[\]4cknahme rechtswidriger Honorarbescheide ist jedoch nicht auf Konstellationen beschrÄ\[\times\]nkt, in denen die Rechtswidrigkeit der Bescheide auf Fehlern aus der Sph\[\times\]xre des Vertragsarztes beruht, auch wenn diese Fallgestaltungen deren vorrangiges Anwendungsfeld darstellen. Die Vorschriften berechtigen die K\[\times\]V vielmehr generell zur R\[\times\]\[\]4cknahme unrichtiger und rechtswidriger Honorarbescheide; denn einzige tatbestandliche Voraussetzung f\[\tiles\]\[\]4r das Berichtigungsrecht der K\[\tiles\]\[\]V gem\[\tiles\]\[\tiles\]\[\tiles\]45 Abs 2 Satz 1 BMV-\[\tiles\]\[\], \[\tiles\]§ 34 Abs 4 S\[\tiles\]xtze 1 und 2 EKV-\[\tiles\]\[\] ist schon nach dem Wortlaut der Vorschriften die sachlichrechnerische Unrichtigkeit des Honorarbescheides. Die Vorschriften differenzieren nicht danach, in wessen Verantwortungsbereich die sachlich-rechnerische Unrichtigkeit f\[\tiles\]xilt. Sie erfassen alle Unrichtigkeiten der Honorarbescheide und

berechtigen zur Rýcknahme von Honorarbescheiden, soweit diese dadurch rechtswidrig waren. Ein Fehler der sachlich-rechnerischen Richtigkeit des Honorarbescheides und damit seine Unrichtigkeit im Sinne der Vorschriften ist daher auch gegeben, wenn diese auf GrÃ⅓nden beruht, die nicht dem Verantwortungsbereich des Vertragsarztes zuzurechnen sind. Die Einräumung dieser umfassenden Berichtigungsbefugnis der KÃ□V, die â□□ wie noch im einzelnen auszufÃ⅓hren ist â□□ den Besonderheiten und Erfordernissen der Honorarverteilung Rechnung trägt, erweist sich als rechtmäÃ□ig. Sie ist allerdings im Hinblick auf den gebotenen Vertrauensschutz der Vertragsärzte zu begrenzen. Das gilt insbesondere, wenn die KÃ□V Honorarbescheide erläÃ□t, obwohl bekannt ist, daÃ□ gegen die RechtmäÃ□igkeit des angewendeten Regelwerks Ã⅓ber die Honorarverteilung Bedenken angemeldet worden sind.

Der Vertragsarzt kann, wie in der bisherigen Rechtsprechung bereits aufgezeigt worden ist, im Hinblick auf die Besonderheiten der Honorarverteilung auf den Bestand eines vor einer endgültigen Prüfung auf RechtmäÃ∏igkeit und Wirtschaftlichkeit erteilten Honorarbescheides nicht vertrauen (s zB BSG SozR 3-2500 § 76 Nr 2 S 4). Die Auskehrung der Gesamtvergütungsanteile durch die K̸V im Wege der Honorarverteilung (§ 85 Abs 4 Satz 1 SGB V) ist nämlich dadurch gekennzeichnet, da̸ die KÃ∏V guartalsmäÃ∏ig auf die Honoraranforderungen ihrer VertragsÃxrzte hin Bescheide zu erlassen hat, ohne da̸ sie â∏∏ aus rechtlichen und/oder tatsächlichen Gründen â∏∏ die RechtmĤÄ∏igkeit der Honoraranforderungen hinsichtlich ihrer sachlichrechnerischen Richtigkeit oder der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung bereits umfassend überprüfen konnte. Hinzu kommt, daÃ∏ Fehler der sachlichrechnerischen Richtigkeit (zB Abrechnung von Leistungen, obwohl der jeweilige Leistungsinhalt nicht bzw nicht vollstÄxndig erbracht worden ist) nicht der systematischen ̸berprüfung durch die KÃ∏V zugänglich sind, sondern regelmäÃ∏ig erst aufgrund besonderer Umstände, oftmals zufällig, aufgedeckt werden (können). Der auf dieser Grundlage ergehende vertragsärztliche Honorarbescheid weist insoweit deutliche Bezüge zum Rechtsinstitut des vorläufigen Verwaltungsaktes auf. Für den ErlaÃ∏ einer vorläufigen Entscheidung besteht auch in anderen (Sozial-)Rechtsbereichen immer dann ein Bedürfnis, wenn eine Leistung möglichst rasch erbracht werden soll, um ihren Zweck zu erfüllen, zu diesem frühen Zeitpunkt aber die tatsächlichen und/oder rechtlichen Voraussetzungen noch nicht abschlie̸end geklärt sind (vgl Schmidt-De Caluwe, NZS 2001, 240, 241 f mwN; von Wulffen/Engelmann, aaO, § 31 RdNr 28). Für den Leistungsempfänger bietet eine vorläufige Bewilligung eine Verbesserung seiner Rechtsposition gegenüber der Gewährung lediglich eines Vorschusses auf der Grundlage des § 42 SGB I. Der Behörde bleibt die MĶglichkeit erhalten, nach endgļltiger KlĤrung der Sach- und Rechtslage die vorläufige Entscheidung zu korrigieren und durch eine endgültige zu ersetzen, ohne an die Regelungen über die Rücknahme von Verwaltungsakten nach § 45 SGB X gebunden und ohne durch einen Vertrauensschutz des SozialleistungsempfĤngers daran gehindert zu sein.

In dieser Weise aufgrund der Regelungen der Bundesmantelverträge (§ 45 Abs 2 Satz 1 BMV-Ã□, § 34 Abs 4 Sätze 1 und 2 EKV-Ã□) auch bei Unsicherheiten

hinsichtlich der RechtmĤÄ∏igkeit der Rechtsgrundlagen den ErlaÄ∏ vergleichbar vorlÄxufiger Honorarbewilligungen zuzulassen, unterliegt keinen durchgreifenden Bedenken. Diese MĶglichkeit ist Ausdruck eines allgemeinen Rechtsprinzips, wie Regelungen in anderen (Sozial-)Rechtsbereichen belegen. So rĤumt im Recht der ArbeitsfĶrderung § 328 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) den Dienststellen der Bundesanstalt für Arbeit die Berechtigung zu vorläufigen Leistungsbewilligungen ein. Dort ist bestimmt, daà ☐ ü ber die Erbringung von Geldleistungen vorlĤufig entschieden werden kann, wenn die Vereinbarkeit einer Vorschrift des SGB III, von der die Entscheidung über einen Antrag abhängt, mit höherrangigem Recht Gegenstand eines Verfahrens bei dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) oder dem Gerichtshof der EuropÄxischen Gemeinschaften (EuGH) ist oder wenn eine entscheidungserhebliche Rechtsfrage von grundsÄxtzlicher Bedeutung Gegenstand eines Verfahrens beim BSG ist. Eine von der Grundstruktur her vergleichbare Befugnis enthÄxlt § 165 AO für die Finanzverwaltung. Das Finanzamt kann eine Steuer ua dann vorläufig festsetzen, wenn das BVerfG die Unvereinbarkeit eines Steuergesetzes mit dem Grundgesetz festgestellt hat und der Gesetzgeber zu einer Neuregelung verpflichtet ist oder wenn die Vereinbarkeit eines Steuergesetzes mit hA¶herrangigem Recht Gegenstand eines Verfahrens bei dem EuGH, dem BVerfG oder einem obersten Bundesgericht ist. In § 328 SGB III wie in § 165 AO wird in einem bestimmten, im Gesetz festgelegten Ausma̸ das Risiko, daÃ∏ sich in einem späteren Stadium die Unwirksamkeit der normativen Grundlagen entweder der Leistungsbewilligung im Arbeitsfå¶rderungsrecht oder der Steuerfestsetzung herausstellt, in einer Weise geregelt, die auf einen Interessenausgleich zwischen dem BA1/4rger und der Behörde und zugleich auf eine Minimierung des Verwaltungsaufwands sowie der Zahl von Widerspruchs- bzw Einspruchs- und Klageverfahren abzielt. Die tatsächlichen und rechtlichen Bedingungen, unter denen die KÃ∏V Honorarbescheide zu erteilen hat, entsprechen teilweise denen, in denen das Gesetz selbst oder â∏ wie im Subventionsrecht â∏ die Rechtsprechung (BVerwGE 67, 99) eine vorlĤufige Leistungsbewilligung zugelassen haben.

Eine schnelle und mA¶glichst umfassende Auskehrung der fA¼r die Honorarverteilung zur Verfļgung stehenden BetrĤge entspricht vor allem auch der Interessenlage der Vertragsärzte; denn sie sind zum einen â∏∏ insbesondere wegen der Bestreitung der Praxiskosten â∏∏ regelmäÃ∏ig auf eine möglichst kurze Zeitspanne zwischen Leistungserbringung und Lei-stungshonorierung angewiesen. Zum anderen widersprÄxche die Zahlung lediglich von AbschlÄxgen auf das voraussichtliche Quartalshonorar über einen längeren Zeitraum hinweg dem berechtigten Interesse der Änrzte an einer Kalkulierbarkeit ihrer Einnahmen (vgl zu diesem Gesichtspunkt allgemein BSGE 81, 213, 220 = SozR 3-2500 § 85 Nr 23 S 155). Der Zeitpunkt, zu dem die K $\tilde{A} \square V$ nach Abschlu $\tilde{A} \square$ des jeweiligen Quartals die Abrechnung vorzunehmen und den VertragsÄxrzten einen Honorarbescheid zu erteilen hat, ist bundesrechtlich zwar nicht vorgegeben. Die K̸Ven sind jedoch gehalten, die ihnen von den Krankenkassen gezahlten Gesamtvergütungen (§ 85 Abs 1 SGB V) umgehend an die VertragsÃxrzte zu verteilen (§ 85 Abs 4 SGB V). DemgemäÃ☐ sind die KÃ☐Ven verpflichtet, den Vertragsärzten fþr jedes Quartal Honorarbescheide zu erteilen. Zahlreiche Bestimmungen sowohl der Bundesmantelverträge als auch des EBM-Ã∏ legen fest bzw setzen voraus, daÃ∏

die vertragsĤrztlichen Leistungen in einem Kalendervierteljahr zusammengefaÄ \Box t, vom Arzt abgerechnet und von der KÃ \Box V honoriert werden. So gelten die Leistungen eines Vertragsarztes in einem Quartal gegenÃ 1 4ber einem Patienten als ein Behandlungsfall (§ 21 Abs 1 BMV-Ã \Box). Die KÃ \Box V kann von einem Vertragsarzt verspÃ $^{\pm}$ xtet eingereichte Abrechnungsunterlagen bis zur Abrechnung des nÃ $^{\pm}$ chsten Kalendervierteljahres zurÃ 1 4ckstellen (§ 34 Abs 3 Satz 3 EKV-Ã \Box). Die Regelungen der § 42 Abs 3 und 4 BMV-Ã \Box , § 35 Abs 3 und 4 EKV-Ã \Box gehen von der "Quartalsabrechnung" aus. Im EBM-Ã \Box sind gleichfalls eine Reihe von Leistungspositionen auf die quartalsmÃ $^{\pm}$ A \Box ige Erfassung von Leistungen ausgerichtet, wie zB die, die auf eine Inanspruchnahme oder Erbringung im Quartal abstellen (vgl beispielhaft BSG SozR 3-5533 Nr 100 Nr 1). Die Regelungen des EBM-Ã \Box Ã 1 4ber die Praxisbudgets nehmen ebenfalls auf den Behandlungsfall iS des BMV-Ã \Box Bezug (vgl zB BSGE 86, 16 = SozR 3-2500 § 87 Nr 23). Auch die Bestimmungen des HVM der Beklagten (§Â§ 2, 7, 8) gehen davon aus, daÃ \Box die Abrechnung viertelj \Box A $^{\pm}$ hrlich erfolgt.

In den ersten Monaten nach Abschlu̸ eines Quartals steht die Höhe des auf den einzelnen Vertragsarzt entfallenden Anteils an der Gesamtvergļtung und damit die Höhe seines Honorars selbst nach AbschluÃ∏ der Honorarberechnung durch die K̸V oftmals noch nicht endgültig fest. Die Ursachen dafür können, wie bereits aufgezeigt worden ist, dem Verantwortungsbereich des einzelnen Arztes, aber auch denjenigen der vertragsärztlichen Institutionen, hier der KÃ∏V, zuzurechnen sein. Aus ihrem Bereich kommt vor allem in Betracht, da̸ selbst in einem lĤngeren Zeitraum nach Ende des Quartals generelle Grundlagen der Honorarverteilung noch nicht abschlie̸end geklärt sind. Ein Grund hierfür kann sein, da̸ die Höhe der an die KÃ∏V zu leistenden Gesamtvergütungen für das jeweilige Quartal noch nicht endgÃ1/4ltig feststeht, weil entweder die Verhandlungen mit den Krankenkassen noch nicht abgeschlossen sind, einer der Vertragspartner ein Schiedsverfahren eingeleitet hat oder gegen einen bereits ergangenen Schiedsspruch gerichtlich vorgegangen wird. Vergleichbares gilt, wenn Zweifel darüber bestehen, ob die für vertragsärztliche Leistungen angeforderten Punkte aus Rechtsgründen (zB wegen Ã∏berschreitung von Budgetgrenzen) in vollem Umfang zu honorieren sind.

Entschlieà t sich die Kà V in einer Situation der Ungewià heit ü ber generelle (Rechts-)Grundlagen der Honorarverteilung dazu, im Interesse der Vertragsà xrzte die zur Verfà ¼ gung stehende Gesamtvergà ¼ tung voll auszuzahlen und hierà ¼ ber Bescheide zu erteilen, handelt es sich um eine den oben angesprochenen Regelungen der § 328 SGB III, § 165 AO vergleichbare Situation, der durch die Vorlà xufigkeit von Honorarbescheiden Rechnung zu tragen ist. Ergibt sich spà xter, daà die der Honorarverteilung zugrundeliegenden Rechtsgrundlagen fehlerhaft und rechtswidrig waren, so folgt daraus die sachlich-rechnerische Unrichtigkeit iS der § 45 Abs 2 Satz 1 BMV-Ã, § 34 Abs 4 Satz 2 EKV-Ã und damit im Regelfall auch die Rechtswidrigkeit der auf ihnen beruhenden Honorarbescheide.

Die Fehlerhaftigkeit der Rechtsgrundlage kann sich einerseits zugunsten einzelner Gruppen von VertragsĤrzten auswirken, etwa wenn der Honorarverteilung zugrundeliegende generelle Honorarbegrenzungen rechtswidrig sind und den

betroffenen VertragsĤrzten hĶhere Honoraransprļche zustehen. Die mit der Höhervergütung oftmals verbundene Absenkung des allgemeinen Auszahlungspunktwertes führt andererseits zu Lasten anderer Gruppen von Vertragsärzten dazu, daÃ∏ deren Honorarfestsetzungen insoweit fehlerhaft und rechtswidrig sind, als bei der Honorarberechnung ein zu hoher Punktwert angesetzt wurde. Die MA¶glichkeit, einen Ausgleich zwischen zu niedrigen und zu hohen Honorarzahlungen zu erreichen, setzt voraus, da̸ die Honorarbescheide in diesem Umfang, also hinsichtlich eines begrenzten Teils der VergA¼tung des einzelnen Vertragsarztes, nicht in Bindung erwachsen. Andernfalls wäre die KÃ∏V in dieser Konstellationnach endgültiger Klärung der Rechtslage bei Ã∏berzahlung nicht berechtigt, die Honorarbescheide zu Ĥndern und ļberzahltes Honorar zurückzufordern. Sie könnte die Nachvergütungen zugunsten derjenigen Vertragsärzte, die nunmehr Anspruch auf ein höheres Honorar haben, nur aus der ihr für ein späteres Quartal zuflieÃ∏enden Gesamtvergütung erfüllen. Das hÃxtte, wie der Senat bereits in seinem zur Nichtanwendbarkeit des § 44 SGB X auf Honoraransprüche von Vertragsärzten ergangenen Urteil vom 18. März 1998 (BSGE 82, 50 = SozR 3-1300 \hat{A} § 44 Nr 23) ausgef \hat{A} ½hrt hat, erhebliche Auswirkungen auf die aktuelle Honorarauszahlung und würde auch diejenigen ̸rzte belasten, die in den früheren Zeiträumen noch nicht Mitglieder der KÃ∏V waren. Dann könnte die Situation eintreten, daÃ∏ die angemessene Vergütung der vertragsĤrztlichen Leistungen im laufenden Quartal gefĤhrdet wĤre, obwohl die Krankenkassen die Gesamtvergütungen in einer Höhe geleistet haben, die für eine angemessene Vergütung aller vertragsÃxrztlichen Leistungen im laufenden Quartal an sich ausreichend wAxre. Vor allem aus diesem Grund ist es geboten, weitestgehend Vorkehrungen dafür zu treffen, daÃ∏ alle vertragsÃxrztlichen Leistungen eines Quartals aus den für dieses Quartal der K̸V von den Krankenkassen zu entrichtenden Gesamtvergütungen honoriert werden. Die Krankenkassen ihrerseits sind nĤmlich nicht verpflichtet, die Gesamtvergütungen für den laufenden Zeitraum zu erhöhen, weil die KÃ∏V gegenüber zahlreichen VertragsÃxrzten Nachzahlungen für frühere Quartale zu erbringen hat. Deshalb mu̸ grundsätzlich, soweit Nachzahlungen in mehr als nur geringfügigem Umfang in einzelnen Fällen zu leisten sind, der dafür erforderliche Geldbetrag aus dem fýr das betroffene Quartal geleisteten GesamtvergÃ1/4tungsbetrag aufgebracht werden. Das erfordert zwangslÃxufig die Berechtigung der K̸V, auf die Gesamtvergütungsanteile zurückgreifen zu können, die bereits an die Vertragsärzte ausgezahlt worden sind, die von der ursprÃ1/4nglichen, nunmehr als rechtswidrig erkannten Honorarverteilung begünstigt wurden.

Da aus den dargestellten Gründen der Zugriff auf Gesamtvergütungsanteile für Folgezeiträume möglichst vermieden werden muÃ∏, bestþnde für die KÃ∏V die Alternative zum ErlaÃ∏ teilweise nur vorläufiger Honorarbescheide darin, einen Teil der ihr von den Krankenkassen geleisteten Gesamtvergütungen zurückzuhalten, um ggf Nachvergütungsansprþche derjenigen Ã∏rzte erfÃ⅓llen zu können, denen nach endgÃ⅓ltiger Klärung der Rechtslage ein höheres Honorar zusteht. Die Einbehaltung erheblicher Teile der GesamtvergÃ⅓tungen im Wege von Rückstellungen könnte jedoch, wie der Senat ebenfalls bereits in seinem Urteil vom 18. März 1998 (BSGE 82, 50 = SozR

3-1300 § 44 Nr 23) dargelegt hat, Auswirkungen auf die Finanzierbarkeit vertragsÄxrztlicher Praxen und damit letztlich auch auf die Versorgung der Versicherten haben. Würden gröÃ∏ere Anteile der Gesamtvergütungen zunĤchst nicht verteilt, so kĶnnten sich vorlĤufige Auszahlungspunktwerte ergeben, die die RentabilitÄxt und mĶglicherweise sogar die wirtschaftliche Existenz vertragsärztlicher Praxen gefährdeten. Den betroffenen Ã∏rzten würde es nichts nutzen, später die Vergütungsanteile nachgezahlt zu erhalten, soweit schon in diesem Zeitpunkt die Praxis mangels ausreichender liquider Mittel nicht fortgeführt werden konnte. Auch die berechtigten Belange der Krankenkassen könnten tangiert sein, wenn diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben eine Gesamtvergütung in gesetzeskonformer Höhe an die KÃ∏V entrichten, diese aber den Vertragsärzten davon nur Anteile weitergibt, die â∏∏ zumindest für einzelne Arztgruppen â∏ zur angemessenen Vergütung der gegenüber den Versicherten zu erbringenden Leistungen nicht ausreichen. Deshalb erweist sich bei einem Streit A¼ber die normativen Grundlagen der Honorarverteilung die Bildung von Rýckstellungen in gravierendem Umfang nicht als praktikable Alternative.

Behält die KÃ□V dagegen nicht vorsorglich Gesamtvergütungsanteile im Wege der Rþckstellung ein, sondern zahlt dem Vertragsarzt auch den Honoraranteil aus, bei dem sich ein Streit über die RechtmäÃ□igkeit der Grundlagen der Honorarverteilung wirtschaftlich auswirken könnte, so wird dem Arzt ermöglicht, den Anteil, der ihm möglicherweise zu Unrecht zugeteilt worden ist, nach seinen eigenen Vorstellungen zu verbrauchen, zu nutzen bzw zinsbringend anzulegen. Der Arzt muÃ□ sich aber bewuÃ□t sein, daÃ□ er ggf einen Teil des ihm zunächst ausgezahlten Honorars nicht auf Dauer behalten darf, sondern je nach rechtskräftigem Ausgang des Streits Ã⅓ber die Grundlagen der Honorarverteilung eventuell zurþckzahlen muÃ□.

Nach alledem ergehen Honorarbescheide â∏ ungeachtet ihres Charakters als Verwaltungsakte iS des § 31 SGB X â∏ unter dem Vorbehalt späterer Ã∏berprþfung auf ihre RechtmäÃ∏igkeit. In vollem Umfang verbindlich werden sie erst, wenn die Honoraranforderungen umfassend auf sachlich-rechnerische Richtigkeit oder auf Wirtschaftlichkeit der Lei-stungserbringung (§ 106 SGB V) þberprþft worden sind oder wegen Ablaufs der gesetzlichen bzw bundesmantelvertraglichen oder gesamtvertraglichen Fristen nicht mehr Ã⅓berprþft werden dürfen. Erst von diesem Zeitpunkt an können Honorarbescheide wegen anfänglicher Fehlerhaftigkeit nur noch unter den Voraussetzungen des § 45 SGB X zurückgenommen werden. Das Vertrauen des Vertragsarztes auf den Bestand eines ihm erteilten Honorarbescheides ist daher von vornherein erheblich eingeschränkt und nicht mit demjenigen eines Sozialleistungsempfängers zu vergleichen.

Die Befugnis der KÃ\[\]V, auf der Rechtsgrundlage der Â\[\] 45 Abs 2 BMV-Ã\[\], Â\[\] 34 Abs 4 EKV-Ã\[\] unrichtige Honorarbescheide, soweit sie rechtswidrig sind, auch bei in ihren Verantwortungsbereich fallenden Fehlern zurÃ\[\]4ckzunehmen, besteht allerdings nicht uneingeschrÄ\[\]*nkt. Die Interessen des einzelnen Vertragsarztes an der Kalkulierbarkeit seiner Einnahmen aus vertrags\[\]A\[\]*rztlicher T\[\]A\[\]*tigkeit einerseits

̸nderungen der rechtlichen Grundlagen der Honorarverteilung an alle Vertragsärzte andererseits müssen, wie dargelegt, zu einem Ausgleich gebracht werden. Das schlie̸t zunächst aus, daÃ∏ die KÃ∏V ohne konkreten AnlaÃ∏ generell Honorarbescheide unter einen pauschalen Berichtigungsvorbehalt für den Fall stellt, da̸ die insgesamt in einem Quartal zu honorierende Punktemenge sich gegenļber den Annahmen, die der ursprļnglichen Honorarverteilung zugrunde liegen, nachtrĤglich zB infolge gerichtlicher Entscheidungen Ĥndert. Ein solcher genereller Berichtigungsvorbehalt nĤhme dem Honorarbescheid nahezu vollstĤndig den Regelungscharakter. Um einen sachgerechten Ausgleich der widerstreitenden Interessen zu erreichen, ist zunĤchst in formeller Hinsicht erforderlich, da̸ aufgrund entsprechender Hinweise der KÃ∏V hinreichend deutlich ist oder sich zumindest aus den dem Vertragsarzt bekannten GesamtumstĤnden hinreichend deutlich ergibt, unter welchen konkreten Voraussetzungen und in welchem ungefĤhren Umfang sie sich auf eine VorlĤufigkeit des Bescheides berufen und ihn ggf nachtrÄxglich korrigieren will. Weiterhin darf sich die VorlĤufigkeit des Honorarbescheides ihrem Gegenstand nach nur auf begrenzte Teile des Honorarbescheides bzw â∏∏ wirtschaftlich betrachtet â∏∏ kleinere Anteile der Honorarforderung des Vertragsarztes beziehen. Eine VorlĤufigkeit, die es ermöglichen würde, das vertragsärztliche Honorar für ein bestimmtes Quartal auf die HÃxIfte des Betrages zu reduzieren, der sich aus dem Honorarbescheid zunĤchst ergibt, nĤhme diesem Bescheid den Charakter als Regelung des Honoraranspruchs des Vertragsarztes fýr ein Kalendervierteljahr, weil dem Arzt in der Sache lediglich eine Abschlagszahlung zugebilligt würde.

Diese Auslegung der Berichtigungsvorschriften bietet einen angemessenen Ausgleich zwischen der Notwendigkeit vorlĤufiger Regelungen bei der Honorarverteilung auf Seiten der KÄ□V einerseits und dem berechtigten Interesse des Vertragsarztes an einer mĶglichst umfassenden Bestandskraft eines einmal erlassenen Honorarbescheides andererseits.

Es bedarf hier keiner abschlieA

enden Entscheidung, in welchem Umfang und unter welchen EinschrĤnkungen die KÃ∏V Honorarbescheide auf der Grundlage der § 45 Abs 2 BMV-̸ bzw § 34 Abs 4 EKV-Ã∏ korrigieren kann, wenn sich nachträglich herausstellt, da̸ die vertragsärztlichen Leistungen technisch nicht richtig erfaÃ∏t oder da̸ die alle Ã∏rzte betreffenden Berechnungen generell unzutreffend durchgef $\tilde{A}^{1}/4$ hrt worden sind, ohne da \tilde{A} dies f $\tilde{A}^{1}/4$ r die K \tilde{A} vorab erkennbar war. Ein solcher Fall liegt nicht vor. Wegen der fehlenden Erkennbarkeit kann das oben nĤher beschriebene Rechtsinstitut der VorlĤufigkeit von Honorarbescheiden nicht zur Anwendung kommen. Gleichwohl kann die KÃ\u00e4\u00dfV auch in dieser Konstellation nicht generell auf die MĶglichkeit einer Bescheidkorrektur ohne Beachtung individueller Vertrauensschutzaspekte verzichten. Soweit Berechnungsfehler der K̸V dazu geführt haben, daÃ∏ alle oder zumindest zahlreiche Honorarbescheide unrichtig und demgemäÃ∏ auch Nachzahlungen zu leisten sind, die nicht über Schadensersatzansprüche gegen Dritte â∏ etwa die Lieferanten fehlerhafter Abrechnungssoftware â□□ ausgeglichen werden können, kann auf den Rückgriff gegen die durch den Berechnungsfehler begünstigten Ã∏rzte nicht von vornherein verzichtet werden. Die Eigengesetzlichkeit eines auf das einzelne Quartal

ausgerichteten Gesamtvergütungssystems und die Notwendigkeit, den Ausgleich von ̸ber- und Nachzahlungen aus einem Quartal möglichst allein unter den in diesem Quartal tÃxtigen Ã∏rzten und aus der für dieses Quartal zur Verfügung stehenden Gesamtvergütung vorzunehmen, steht einem entsprechenden generellen Verzicht entgegen. Der naheliegende Einwand der zu Rückzahlungen verpflichteten $\tilde{A} \sqcap rzte$, allein die $K\tilde{A} \sqcap V$ sei $f\tilde{A} \not \sim r$ die Fehler verantwortlich, ist verständlich, aber nicht durchgreifend. Bei wirtschaftlicher Betrachtung ist die K̸V nichts anderes als die Gesamtheit ihrer Mitglieder, und Nachzahlungen fþr vergangene ZeitrĤume kann sie nur aus Rýcklagen oder aus den ihr aktuell zuflie̸enden Gesamtvergütungen leisten. Soweit sich die KÃ∏V aus GerechtigkeitserwĤgungen entschlieÃ∏t, zur Finanzierung von Nachzahlungen nicht auf Rücklagen oder auf die laufende Gesamtvergütung zurückzugreifen, oder dies wegen des Nachzahlungsvolumens nicht mĶglich ist, kĶnnen die Belange der von einer Korrektur der ursprünglichen Honorarbescheide betroffenen ̸rzte durch eine zeitliche Streckung etwaiger Rückzahlungen und durch Sonderregelungen fýr HÃxrtefÃxlle ausreichend gewahrt werden.

Nach den dargestellten rechtlichen Ma̸stäben für die Zulässigkeit von Berichtigungsbescheiden gemäÃ∏ § 45 Abs 2 BMV-Ã∏, § 34 Abs 4 EKV-̸erweisen sich die angefochtenen Berichtigungsbescheide der Beklagten als rechtmäÃ∏ig. Bei der Honorarverteilung für die beiden ersten Quartale des Jahres 1996 war die K̸V zunächst verpflichtet, die durch den Beschluss des Bewertungsausschusses vom 13. Juni 1996 mit (Rýck-)Wirkung zum 1. Januar 1996 erlassenen ̸nderungen des EBM-Ã∏ (ua Einführung von Punktzahlobergrenzen für bestimmte Leistungsbereiche) anzuwenden. Das hatte zur Folge, da̸ in erheblichem Umfang insbesondere Beratungs-, Gesprächs- und Untersuchungsleistungen nicht gesondert zu vergļten waren, soweit die VertragsĤrzte die GrenzbetrĤge der einzelnen Teilbudgets überschritten hatten. Nachdem das BSG durch Urteil vom 17. September 1997 entschieden hatte, da̸ die rückwirkende Einführung der Teilbudgets mit höherrangigem Recht nicht in Einklang steht (BSGE 81, 86 = SozR 3-2500 § 87 Nr 18), erwiesen sich die Rechtsgrundlagen der Honorarverteilung und damit die Honorarbescheide, die auf sie gestützt waren, als rechtswidrig. Folglich muÃ∏ten in einem beträchtlichen Umfang Leistungen nachvergütet werden. Das wiederum hat in einem Gesamtvergütungssystem ohne NachschuÃ∏verpflichtung der Krankenkassen zur Konsequenz, da̸ die Punktwerte für die Mehrzahl der Leistungen bei zutreffender Anwendung der rechtlichen Grundlagen der Honorarverteilung hinter den Werten zurļckbleiben, die die Beklagte ihren ursprļnglichen Honorarbescheiden ua gegenüber dem Kläger zugrunde gelegt hatte. Die Beklagte ist zur Korrektur dieser hinsichtlich der PunktwerthĶhe unrichtigen Bescheide berechtigt, weil sie die ursprünglichen Honorarbescheide insoweit als vorlĤufige Regelung gekennzeichnet hatte, als die HĶhe der Punktwerte von der endgültigen Beurteilung der RechtmäÃ□igkeit der rückwirkenden Einführung der Teilbudgets abhängen sollte. Der ErlaÃ∏ der ursprünglichen Honorarbescheide als (teilweise) vorlĤufige Regelungen hat den oben dargestellten Ma̸stäben in formeller und materieller Hinsicht entsprochen. Deshalb ist die Beklagte berechtigt, sich auf die VorlĤufigkeit zu berufen, die Bescheide zu korrigieren und das Honorar fýr die streitbefangenen Quartale in

einer Höhe festzusetzen, von der der Kläger selbst nicht in Frage stellt, daÃ☐ sie unter Anwendung der nunmehr als rechtmäÃ☐ig erkannten normativen Grundlagen der Honorarverteilung zutreffend ist.

Der von der Beklagten den urspr \tilde{A}^{1}_{4} nglichen Honorarbescheiden beigef \tilde{A}^{1}_{4} gte Vorl \tilde{A} 2 ufigkeitshinweis beschreibt seinen Gegenstand \hat{a}_{1} n \tilde{A} 2 mlich die Auswirkungen einer m \tilde{A}^{2} glichen Beanstandung der r \tilde{A}^{1} 4 ckwirkenden Einf \tilde{A}^{1} 4 hrung von Teilbudgets durch die h \tilde{A}^{2} nchstrichterliche Rechtsprechung \hat{a}_{1} pr \tilde{A} 2 zise und f \tilde{A}^{1} 4 r den Adressaten verst \tilde{A} 2 ndlich. Auf dieser Grundlage war auch die H \tilde{A}^{2} nhe der in Betracht kommenden Korrektur und R \tilde{A}^{1} 4 ckforderung berechenbar bzw jedenfalls in ihrem ungef \tilde{A} 2 nren Umfang absch \tilde{A} 2 zbar. Deren Umfang hat dem Kl \tilde{A} 2 ger im \tilde{A}^{1} 4 brigen kein unzumutbares wirtschaftliches Risiko aufgeb \tilde{A}^{1} 4 rdet. Er betrug deutlich weniger als 8,5 % seiner Honorarforderungen f \tilde{A}^{1} 4 r die Quartale I und II/1996 (11.041,13 DM von 80.261,85 DM + 50.434,10 DM = 130.695,95 DM).

Die ̸nderungs- und Rù⁄4ckforderungsbescheide sind schlieÃ∏lich nicht etwa deshalb rechtswidrig, weil die Beklagte kein Ermessen ausA¹/₄bte, ob sie die ursprünglichen Bescheide unter Berufung auf deren teilweise Vorläufigkeit berichtigen will. Im Interesse einer gleichmäÃ□igen Honorarverteilung ist eine K̸V verpflichtet, allen Vertragsärzten das Honorar zu gewähren, das ihnen unter Berücksichtigung der erbrachten und abgerechneten Leistungen sowie der zur Verfügung stehenden Gesamtvergütung nach MaÃ∏gabe der rechtlichen Vorschriften der Honorarverteilung zusteht. Deshalb ist sie gehalten, BetrĤge, die sie auf der Grundlage von teilweise als vorlĤufig erlassenen Honorarbescheiden von VertragsĤrzten zurļckerhalten kann, zu realisieren und damit Nachvergütungen zu finanzieren. Dieser Rechtspflicht korrespondiert zwar kein Anspruch des einzelnen Arztes, da \tilde{A} sie gegen \tilde{A} 4ber anderen \tilde{A} 7rzten Aufhebungsund Rückforderungsbescheide erläÃ∏t. Sie ist aber wegen ihrer Bindung an die gesetzlichen Vorgaben der Honorarverteilung und im Hinblick auf das Gebot der Gleichbehandlung aller VertragsÄxrzte nicht frei, nach eigenem Ermessen generell von rechtmäÃ∏ig möglichen Bescheidkorrekturen abzusehen. Ob sich im Einzelfall die Berufung auf die VorlĤufigkeit eines Honorarbescheides als rechtsmià | brà | uchlich erweisen kann, bedarf hier keiner Entscheidung. Umstà | under keiner Entscheidung. dafür sind im Fall des Klägers weder vorgetragen noch ersichtlich.

Danach sind die angefochtenen Korrekturbescheide der Beklagten rechtlich nicht zu beanstanden. Die Verpflichtung des Kl \tilde{A} \times gers, der Beklagten den nach diesen Bescheiden zuviel erhaltenen Honorarbetrag zu erstatten, beruht auf \hat{A} \times 50 Abs 1 Satz 1 SGB X.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>ŧ 193 Abs 1</u> und 4 Sozialgerichtsgesetz.

Erstellt am: 28.08.2003

Zuletzt verändert am: 20.12.2024

